

täten den Mädchen zum Beispiel einen Schulbesuch zu ermöglichen.

Auswirkungen der politischen Instabilität

Neue Gesetze – etwa für den Schutz von Minderjährigen – konnten bislang nicht verabschiedet werden, weil sich die Regierungen als zu instabil erwiesen. Politiker wurden im schnellen Rhythmus ausgewechselt. Die wiederholte

Ausgangssperren, Streiks und Blockaden wirkten sich wiederum auf die übrigen Projekte des Kinderhilfswerks aus. So konnten auch Programme zur Förderung von Mädchen nur mit Verzögerungen umgesetzt werden, da die Bewegungsfreiheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingeschränkt war. Nichtregierungsorganisationen knüpfen daher große Hoffnungen an die geplanten Wahlen und damit einhergehende politische Stabilität. Beide sind Vorausset-

zungen für eine bessere Gleichstellung und einer damit verbundenen nachhaltigen Entwicklung des Landes.

Zum Autor

Marc Tornow hat Ethnologie studiert. Nach freiberuflicher journalistischer Tätigkeit arbeitet er seit 2005 als Pressereferent für *Plan International Deutschland e. V.* in Hamburg.

Hoffnung stirbt zuletzt

Die von vielen ersehnte „Friedensdividende“ lässt weiter auf sich warten, neue Konfliktlinien tun sich auf

Thomas Döhne

In Nepal sind die Zeichen der politischen Ernüchterung unverkennbar. Zwar hat sich die 8-Parteien-Übergangsregierung nach längerem Ringen auf den 22. November 2007 als Wahltermin für eine verfassungsgebende Versammlung verständigt, doch diese Übereinkunft kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein erhebliches Sicherheitsvakuum besteht. Nach wie vor sind versteckte und offene Drohungen, Gewalt und gezielte Tötungen an der Tagesordnung. Wie unter solchen Umständen eine friedliche und faire Wahl stattfinden kann, weiß zurzeit keiner. Falls der fragile Prozess jedoch scheitert, drohen neue Kriege - und als *worst case*-Szenario der Staatszerfall.

Drohungen und die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung eigener Ziele und Interessen sind heute so sehr Teil der politischen Alltagskultur in Nepal, dass jede Annahme, die nächsten Monate bis zur Wahl am 22. November könnten ein beschaulicher Sonntagsspaziergang werden, der zwangsläufig in eine hoffnungsvolle demokratische Zukunft mündet, als realitätsfern und äußerst naiv anzusehen ist. Dagegen spricht nicht nur, dass die Entwicklung einer demokratischen Kultur Zeit und eine materielle Grundlage braucht und ideell im sozialen und institutionellen Leben verankert sein muss.

Dagegen spricht außerdem die gefährliche Rhetorik und das unverantwortliche Handeln all jener politischer Akteure, die nicht ernsthaft an einer demokratischen Entscheidungsfindung über den zukünftigen Weg des Landes interessiert zu sein scheinen. Erst vor wenigen Tagen hat die Friedensmission der Vereinten Nationen (UNMIN) darauf hingewiesen, dass anhaltende Drohungen und fortgesetzte Gewalt bewaffneter Gruppen (Selbstjustiz, Entführungen, gezielte Tötungen) nicht nur die Wahlen am 22. November sondern den Friedensprozess insgesamt ernsthaft gefährden könnten. Über die möglicherwei-

se katastrophalen Folgen eines solchen Scheiterns für das krisengeplagte Land mag zuzeit niemand nachdenken.

Demokratisierungsprozess hakt

Der Demokratisierungsprozess – so zeigt die bisherige Erfahrung – hakt mindestens an drei Stellen:

- Die Frage, ob die eigentlich bereits für Juni 2007 vorgesehene Wahl für eine verfassungsgebende Versammlung am 22. November überhaupt stattfinden kann, ist mit der Verkündung des Wahltermins allein noch nicht gelöst. Es ist der-



Maoistische Vorführung

zeit unklar, ob die damit verbundenen wahllogistischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen in der Kürze der Zeit geleistet werden kann.¹

- Hinsichtlich der Integration der Maoisten in den demokratischen Prozess bestehen ebenfalls Fragezeichen: diese betreffen zum einen die auch von unabhängigen Beobachtern als schwierig bezeichnete Situation in den provisorisch errichteten Sammellagern und die Waffenkontrolle (es wurden – bei ca. 30 000 Kämpfern! – nur ca. 3 500 Waffen registriert), zum anderen Berichte über fortgesetzte Drohungen und Schutzgelderpressungen seitens der Maoisten.

- Das Schüren und Auftreten lokaler Konflikte im Terai, sowie wachsende ethnische Spannungen zwischen unterschiedlichen Volksgruppen und das verstärkte Auftreten regionaler bewaffneter Splittergruppen, oftmals Abspaltungen von ehemals maoistischen Unterorganisationen.

Mängel im Friedensprozess

Dass die Umsetzung des im November 2006 ausgehandelten Friedensabkommens schwierig werden würde, war allen Beteiligten klar. Inzwischen haben sich gleich mehrere Versäumnisse und Mängel bei der Entwicklung des Friedensprozesses gezeigt. So wurden Beschlüsse den wiedergewählten Parlaments zur Entmachtung des Königs, zur Beteiligung von

Frauen und Einführung einer Frauenquote von 33 Prozent bei der Vergabe von administrativen und politischen Posten in staatlichen Institutionen nicht umgesetzt. Mit der Entscheidung, die 1999 für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählten Parlamentsvertreter erneut einzusetzen, wurden die Spielräume und Chancen für einen politischen Neuanfang unter Einbeziehung bisher ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen von vornherein stark eingeschränkt.

Damit hatten die beteiligten politischen Parteien ihre eigenen Beschlüsse zur stärkeren Integration von Frauen und benachteiligten ethnischen Minderheiten und Kasten faktisch ignoriert, was dazu führte, dass die Dominanz der traditionellen politischen Machteliten – insbesondere der Brahmanen – sowie die gravierende Unterrepräsentanz von Frauen fortbesteht. Nach der zögerlich und mit großer Verspätung erfolgten Einbindung der Maoisten in die Regierung trat ein, was viele befürchtet hatten: Ethnische und kommunale Spannungen nahmen zu.

Brennpunkt Terai

Im Terai gibt es inzwischen einige sehr militante bewaffnete Gruppen, deren Führer früher hochrangige Mitglieder regionaler maoistischer Unterorganisationen waren und sich dann von diesen abgespalten haben. Diese Gruppen schüren bewusst kommunistische Spannungen und versuchen, den Unmut der Bevölkerung für ihre politischen Zwecke zu instrumentalisieren. Damit wächst die Gefahr des Abgleitens in Anarchie und der Herausbildung regionaler *Warlord*-Strukturen, falls der Friedensprozess stagniert oder scheitert.

Die Konfliktursachen sind eng mit der komplexen Besiedlungsgeschichte des Terai verwoben, und lassen sich deshalb nicht mit wenigen Kunstgriffen beseitigen. Die Forderung der indischstämmigen Terai-Bevölkerung

(Madeshi) nach einem eigenen Terai-Staat und die in den letzten Monaten verschärften Drohungen von ethnischer Gewalt zwischen Madeshi und Pahadi haben das gegenseitige Misstrauen spürbar verstärkt und lassen sich leicht für politische Zwecke – bis hin zu ethnischen Säuberungen – instrumentalisieren.

Entwaffnung der Maoisten

Die von UNMIN organisierte Waffenkontrolle der Maoisten wird ebenfalls als Voraussetzung für die Fortführung des Friedensprozesses und die Durchführung von freien Wahlen angesehen. Die öffentlichen Drohungen des Vorsitzenden der *CPN-Maoist* Pushpa Kamal Dahal am 1. Mai und Äußerungen anderer führender Mitglieder der Maoisten zeigen, dass diese ein sehr taktisches Verhältnis zur Demokratie haben. Dahal sprach von Verschwörungen und erklärte, die Maoisten organisierten einen neuen Volksaufstand, falls das Interimparlament nicht bald einen Beschluss zur Beendigung der Monarchie und Einführung einer Republik fassen würde. Seine Behauptung, der vor gut einem halben Jahr gegründete maoistische Jugendverband (*Young Communist League, YCL*) habe inzwischen 250 000 Mitglieder und werde schon bald auf das Doppelte aufgestockt werden, mag eine gewaltige Übertreibung sein. Tatsache ist jedoch, dass mehrere hochrangige PLA-Kommandanten nicht wie vorgesehen zur Registrierung in den provisorischen Auffanglagern der PLA sitzen, sondern in wichtigen Schlüsselpositionen der YLA, die



Maoisten sammeln Spenden/Wegzoll am highway

seit ihrer Gründung vor einem halben Jahr nicht nur durch Müllbeseitigung und Baumpflanzaktionen in Kathmandu von sich reden gemacht hat, sondern durch Schutzgelderpressung, Entführungen, Einschüchterungen und Abhaltung von Femege-richten.

Die Vermutung, dass die Maoisten „Kreide gefressen“ haben und dabei sind, mit der YCL eine schlagfähige paramilitärische Organisation aufzubauen, um die eigenen Machtansprüche notfalls mit Gewalt durchzusetzen, kann angesichts der zahlreichen bisher nicht registrierten Waffen nicht von der Hand gewiesen werden. Dieser Verdacht hat durch die kürzlich abgegebene öffentliche Erklärung einer Gruppe abtrünniger Kommandanten der *Tharu* Befreiungsfront² in Westnepal neue Nahrung erhalten. Diese versprochen, zukünftig mit UNMIN bei der Kontrolle umfänglicher illegaler Waffenlagern zusammenzuarbeiten, die von ihnen auf Anweisung der maoistischen Führung angelegt worden seien.

Streitpunkt Zukunft der Monarchie

Ein weiterer Dauerstreitpunkt ist die Frage der Zukunft der Monarchie in Nepal. Während König Gyanendra durch mehrere vom Parlament abgesegnete Regierungsbeschlüsse seine bisherigen Verfassungsprivilegien weitgehend verloren hat und hinter der Verschwiegenheit der Palastmauern abgetaucht ist, hat sich Ministerpräsident Koirala öffentlich für die Beibehaltung der Monarchie und ihre Begrenzung auf rein zeremonielle Funktionen ausgesprochen. Da der jetzige König diskreditiert ist und auch sein Sohn Paras aufgrund von Jugendeskapaden und ungesühnten Totschlagdelikten einen schlechten Ruf in der nepalischen Öffentlichkeit hat, brachte Koirala die Idee ins Gespräch, den fünfjährigen Enkel des Königs Hridayendra auf den Thron zu heben.

Dies hat nicht nur die Maoisten verärgert, sondern auch zu Unstimmigkeiten seitens derjenigen im Regierungsbündnis vertretenen Parteien geführt, die sich gegen eine Beibehaltung der Monarchie oder zumindest für einen Volksentscheid in dieser Frage aussprechen. Die Maoisten haben nicht zuletzt deshalb versucht, die Abschaffung der Monarchie noch vor der am 22. November anstehenden Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung durchzudrücken, weil zum jetzigen Zeitpunkt nicht damit gerechnet wird, dass sie überhaupt einen signifikanten Stimmenanteil erzielen würden.³ Die Erklärung von Innenminister Sitaula, dass auch königstreue Kräfte damit angefangen hätten, sich paramilitärisch zu organisieren, und die kurz zuvor in einem Interview mit der *Nepali Times* erfolgte Ankündigung eines maoistischen Gebietskommissars, dass in Nepal ähnlich wie im Irak Köpfe rollen müssten, damit sich was ändere, lassen jedenfalls nichts Gutes ahnen.

Beträchtliches Sicherheitsvakuum besteht fort

Während quasi auf der Meta-Ebene im politischen Machtzentrum Kathmandu um die Bedingungen für eine verfassungsgemäße Zukunft des Landes gestritten wird, kommen aus den ländlichen Peripherien nach wie vor Meldungen von gewaltsamen Übergriffen, Menschenrechtsverletzungen und Brüchen des Friedensabkommens. Diese Vorfälle zeigen, dass dort rechtsstaatliche Normen weitgehend außer Kraft gesetzt sind. Viele Menschen sind verängstigt und traumatisiert. In den ländlichen Gebieten, wo die Armut groß und der Bildungsstand niedrig ist, haben sie oftmals keine Vorstellung davon, was eine verfassungsgebende Versammlung überhaupt ist. Daher wäre dringend eine Aufklärungskampagne nötig, um die bestehenden Informationsdefizite zu beseitigen. Ganz vordringlich ist die nachhaltige Verbesserung der aktuellen Sicherheitslage.

Die allseits spürbare Verunsicherung hat seit langem auch die Sicherheitskräfte erfasst und deren Handlungsfähigkeit bei der Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols und der Durchsetzung polizeilicher Maßnahmen im Interesse öffentlicher Ordnung und Sicherheit sowohl in städtischen Zentren als auch in der ländlichen Peripherie gelähmt. Nach Angaben von Finanzminister Dr. Mahat gegenüber dem Fernsehsender Kantipur könnten die Wahlkosten aufgrund des erhöhten (Sicherheits-) Aufwandes sieben- bis achtmal so hoch liegen wie frühere landesweite Wahlen. Diese hohen zusätzlichen Kosten seien im Haushalt nicht berücksichtigt und die Finanzierung bisher nicht gesichert. Wie all diese Probleme bis zum 22. November so zu bewältigen sind, dass ein geordneter Wahlverlauf ermöglicht wird, steht vorerst in den Sternen. Und selbst auf die Astrologen ist in Nepal ja nicht immer Verlass (vgl. „Nepal im Überblick“).

Endnoten

¹Während der Monsunregenzeit, die bis Mitte September andauert kann, sind viele Regionen des unwegsamen Landes kaum erreichbar.

²Tharu sind eine ethnische Gruppe in Westnepal; sie zählen zu den indigenen Bewohnern des Terai und haben aufgrund ihrer sozialen Benachteiligung und harter staatlicher Repression den maoistischen Aufstand teilweise unterstützt haben. Inzwischen werfen sie der maoistischen Führung vor, ihre Anliegen ebenfalls nicht angemessen vertreten zu haben.

³Inoffizielle Schätzungen gehen von einem Stimmenanteil zwischen 10 und 15 Prozent aus.